

PROBLEMBESCHREIBUNG

KOMMISSION	Spezielle Kommission der deutschen Sprache
PROBLEM	Desinformation
EINGEREICHT VON	Péter Paládi, stellvertretender Präsident der Kommission
ZUGELASSEN VON	Zsófia Romhányi, MUN-Direktorin

Einleitung:

In der heutigen globalisierten Welt haben Menschen einen immer größeren Anspruch, sich von lokalen, nationalen und globalen Geschehen schnell zu informieren. Um diesen Anspruch zu erfüllen, werden immer mehr Informationsmedien gegründet, die aber die Gefahr mitbringen, dass sich Fehlinformationen oder Desinformation verbreiten. Im Gegensatz zu einer Fehlinformation, die einfach zu erkennen und oft wegen Unterhaltung hervorgebracht wird, hat Desinformation den Zweck, Menschen zu täuschen und zu beeinflussen.

Die Identifizierung von Fake News ist mit mehreren Schwierigkeiten behaftet: manchmal werden sie völlig frei erfunden, in anderen Fällen werden Informationen aus dem Kontext gerissen oder weggelassen. Außerdem hat man heutzutage auch die Möglichkeit, Videos und Fotos mithilfe unterschiedlicher Programme (z. B. Deep Fake) zu manipulieren und eine verzerrte Wirklichkeit aufzubauen. Infolge der immer größeren Bedrohung versuchen die Länder, der Desinformation mit gesonderten Gesetzen Einhalt zu gebieten.

Von der UNESCO sind bisher mehrere Maßnahmen getroffen worden, die sich auf dieses Problem beziehen. Einige sind gegen die Täter gedacht, andere konzentrieren sich auf die Verstärkung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft, besonders durch Aufklärung, Ermächtigung oder Kennzeichnung der Glaubwürdigkeit. 2013 gab die UNESCO einen umfassenden Lehrplan für Medien- und Informationskompetenz aus, der dem Schulwesen eine Hilfe bietet.

Definition von Schlüsselbegriffen:

Empowerment: "Der Begriff Empowerment stammt ursprünglich aus dem Bereich der Psychologie und Sozialpädagogik, er lässt sich am besten mit „Selbstermächtigung“ oder auch „Selbstkompetenz“ übersetzen. Empowerment umfasst Strategien und Maßnahmen, die Menschen dabei helfen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen. Durch Empowerment sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Belange zu vertreten und zu gestalten." ([Empowerment | BMZ](#))

Wichtige Länder und Organisationen als Beispiel:

OSZE: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschäftigt sich im Rahmen ihrer Aufgaben aktiv mit der Desinformation und Propaganda. Die Beauftragte für Medienfreiheit der OSZE ist jedoch der Meinung, dass die Antwort statt der Einschränkung der Medienfreiheit eher in Debatten und Medienpluralismus liegt.

Europarat: Artikel 10 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates lautet folgenderweise:

“1. Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

2. Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.“

Des Weiteren hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) auch mit diesem Thema befasst. In der Entschließung geht es um eine undefinierte Linie zwischen legitimen Äußerungen von persönlichen Aspekten und der Manipulation. Darüber hinaus warnt der Rat vor den immer häufiger vorkommenden Medienkampagnen im Internet, die die demokratischen politischen Prozesse durch falsche Informationen oder Hasskampagnen beeinträchtigen.

Frankreich: 2018 wurde vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron gefordert, ein Gesetz über Desinformation vor der Wahlkampfzeit der Europawahl zu verabschieden. Das Gesetz gegen die Manipulation von Informationen trat schon im Mai 2019 in Kraft.

Bevor dieses Gesetz eingeführt wurde, gab es schon verschiedene Maßnahmen gegen die Verbreitung falscher Informationen, aber angesichts der technologischen Entwicklung war die Regierung der Ansicht, dass die Desinformation eine größere Herausforderung geworden ist, deshalb soll das rechtliche Instrumentarium an die neue Verbreitungsformen angepasst werden. Das Gesetz stellt insbesondere solche Medien in den Mittelpunkt, die von ausländischen Staaten kontrolliert werden und auf digitalen Plattformen aktiv sind.

Für Onlineplattformen mit hohem Verkehrsaufkommen gelten neue Pflichten im Zeichen von Loyalität und Transparenz gegenüber ihren Nutzern, bezüglich der Verwendung persönlicher

Daten. Die Gesetzesbrecher werden mit strafrechtlichen Sanktionen bedroht, die während eines Wahlkampfs bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe und 75.000 EUR Geldstrafe betragen können.

Lage der "ausländischen Agenten":

In den USA wurden viele Gesetze verabschiedet, um die Desinformation zu vermeiden. Seit 1938 gilt der sogenannte "Foreign Agents Registration Act", der alle als "ausländischer Agent" betrachtet, die im Auftrag ausländischer Regierungen, Parteien oder Institutionen dafür tätig sind, die amerikanischen Entscheidungsprozesse aufgrund ihrer Interessen zu beeinflussen. Ausländische Agenten sind gezwungen, ihre Finanzquellen und Ausgaben jährlich zu veröffentlichen. Wenn es um Informationsverbreitung geht, soll der Agent beweisen, dass das Material von einer ausländischen Rechtsperson stammt. Personen oder Organisationen, die als Agent gekennzeichnet sind und den Kriterien entsprechen, können weiterhin in den USA lobbyieren.

In Russland gelten auch ähnliche Regelungen für die vom Ausland beauftragten Organisationen und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), aber in der Föderation ist dieser Status mit härteren Konsequenzen und Stigmatisierung verbunden, da diese Kennzeichnung zu den Sowjetzeiten für den Feind galt. Unter anderem ziehen sich Behörden und öffentliche Einrichtungen aus der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen zurück, deshalb verlieren zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter ihre Jobs. Solche ausländischen und internationalen Organisationen, die eine "Bedrohung" für die "verfassungsrechtliche Ordnung" darstellen, werden als "unerwünschte Organisationen" bezeichnet.

Obwohl es nicht konkret definiert wird, was man unter solchen Aktivitäten verstehen soll, werden sie zum Schweigen gebracht: Ihre weiteren Aktivitäten werden untersagt, die Mitarbeiter werden mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Beispielsweise zählen in Russland zu dieser Kategorie die "Open Society Foundations" von George Soros.

Quellen:

[Was ist Desinformation | Bundesregierung](#)

[Medienfreiheit: Wer ist "ausländischer Agent"? | tagesschau.de](#)

[Empowerment | BMZ](#)

[Cabrera Blázquez F.J., Cappello M., Talavera Milla J., Valais S., Empowerment der Nutzer gegen Desinformation im Internet, IRIS Plus, Europäische Audiovisuelle Informationsstelle, Straßburg, 2022](#)

